

Länderpapier Frankreich

Nach der Verfassung der V. Republik vom 4. Oktober 1958 ist Frankreich ein laizistischer Einheitsstaat mit dezentraler Organisation. Frankreich ist Gründungsmitglied der Europäischen Union und seit jeher ein dominierender europapolitischer Akteur. Straßburg ist Sitz des Europäischen Parlaments. Das Land setzt sich traditionell für eine verstärkte europäische Integration ein, ist seit der Unterzeichnung des ersten Schengener Abkommens (1985) Teil des Schengen-Raums und gehört seit 1999 der Eurozone an. Trotz seiner gemeinsam mit Deutschland beanspruchten Rolle als „Motor der Integration“ legt Frankreich großen Wert auf nationale Unabhängigkeit. Das Land zeigt große Skepsis, wenn es darum geht Souveränitätsrechte an überstaatliche Organe abzugeben. In einem Referendum stimmte das französische Volk 2005 mit einer Mehrheit von 55% gegen den Verfassungsvertrag und war somit neben den Niederlanden Auslöser für die Vertragsreformkrise der EU.

Frankreich trauerte zuletzt um viele Opfer terroristischer Gewalt: Zuerst die Terroranschläge auf die Satire-Zeitung *Charlie Hebdo* im Januar 2015, dann im November 2015 in Paris bei einer koordinierten Anschlagsserie auf die Konzerthalle *Bataclan* und schließlich im Juli 2016 in Nizza, als ein Lastwagen am Nationalfeiertag in eine Menschenmenge raste und 84 Personen tötete. Die Anschläge haben zu einer großen Verunsicherung in der Bevölkerung geführt. Bei fast allen Anschlägen gab es nachweisbare Verbindungen zur Terrororganisation *Al-Kaida* oder dem sogenannten Islamischen Staat. Die Opposition erhob den Vorwurf, dass die Regierung nicht genug im Kampf gegen den Terror tue.

Präsident Hollande und die Regierung Frankreichs riefen nach den Anschlägen den Ausnahmezustand aus. Zukünftig soll die Verfassung zugunsten eines ausgeweiteten Ausnahmezustandes geändert werden, damit Ausgangssperren, Durchsuchungen ohne richterlichen Beschluss in der Nacht, Hausarrest für potentielle Gefährder, Versammlungsverbote sowie die Schließung von Kulturstätten erleichtert werden. Gleichzeitig forciert Frankreich den Kampf gegen den IS als erklärten Feind. Militärische Interventionen in Syrien untermauern dies. Darüber hinaus sollen ausländische Terrorverdächtige zukünftig konsequent ausgewiesen werden können. Mit Hilfe einer weiteren Verfassungsänderung sollen Franzosen mit doppelter Nationalität die französische Staatsbürgerschaft auch dann verlieren können, wenn sie in Frankreich geboren wurden. Rückkehrer aus Krisengebieten, sogenannte „ausländische terroristische Kämpfer“, sollen unter Hausarrest gestellt werden können.

Neben diversen innenpolitischen Maßnahmen engagiert sich Frankreich auf europäischer Ebene im Rahmen des INTCEN (Intelligence Analysis Centre), welches nachrichtendienstliche Auswertungen, Frühwarnhinweise und Situationsanalysen erstellt. Frankreich fordert außerdem, dass die Außengrenzen des Schengenraums besser geschützt und alle Reisenden ausnahmslos kontrolliert werden. Auch die „Hotspots“ zur Registrierung von Flüchtenden müssten strenger kontrolliert werden. Frankreich befürwortet eine stärkere europäische Integration im Bereich der Sicherheitspolitik, z.B. bei der Verabschiedung eines neuen Passagierdatensystems (PNR) zur Erfassung aller innereuropäischen Flüge sowie eine neu zu gründende EU-Taskforce zur Aufdeckung falscher Identitäten aufgrund gefälschter EU-Reisepässe.